

An

Herrn Wolfgang Clement, BMWA Berlin, Scharnhorststr. 34-37, 11019 Berlin

Ja, wo leben Sie eigentlich, Herr Clement?

Offener Brief an Herrn Wolfgang Clement

10.08.2004

Sehr geehrter Herr Clement,

mit Ihrer Bemerkung „*Wo leben wir eigentlich?*“ in der „Leipziger Volkszeitungen“ (1) drückten Sie Ihren Unmut über die Montagsdemonstrationen gegen Ihr Hartz IV aus. Dabei verstiegen Sie sich zu folgender Bemerkung: „*Wer von denen, die jetzt zum zivilen Ungehorsam aufrufen, war denn je auf der Straße, wenn es darum ging, konkret etwas zu tun für Sozialhilfeempfänger und ihre Kinder, für Langzeitarbeitslose, für arbeitslose Jugendlichen?*“ (1) Im Unterschied zu Ihnen, Herr Clement, ich zum Beispiel. Und ich bin wahrlich nicht der Einzige, der neben seinem 40-Wochenstundenjob einen Großteil seiner Zeit mit sog. „ehrenamtlicher Tätigkeit“ verbringt. Allerdings ist das wegen Ihrer Politik immer weniger möglich. Um „für Sozialhilfeempfänger und ihre Kinder, für Langzeitarbeitslose, für arbeitslose Jugendlichen“ etwas zu tun, macht es Ihre Politik leider notwendig, nun auch gegen Sie und Ihre Politik Widerstand zu leisten. Soziales Engagement ist nicht teilbar. Setzen Sie sich dafür ein, dass Hartz IV zurückgezogen wird. Dann erübrigt es sich gegen die Angriffe der regierenden Politik auf die Existenz und Rechte hilfebedürftiger Menschen auf die Straße zu gehen.

Wirtschafts- als Sozialpolitik ?

Es ist eine einfache Rechnung, die sicher auch Ihnen zu zumuten ist, dass nebenberufliche Sozialarbeit nur möglich ist, wenn der Job selbst nicht gefährdet ist und der Lohn nicht irgendwelchen Kürzungen zum Opfer fällt. Denn um anderen Helfen zu können, muss wenigstens garantiert sein, dass die Existenz der kostenlosen Sozialarbeiter einigermaßen gesichert ist und für diese Tätigkeit auch genügend Zeit zur Verfügung steht. Die Resultate Ihrer Wirtschaftspolitik sind nun wahrlich kein Grund für Überheblichkeit. Die aktuellen Zahlen zum Arbeitsmarkt zeigen dies wohl anschaulich. Als Resultat Ihrer Politik wächst die Arbeitslosigkeit, auch wenn Sie sich selbst etwas anderes einreden. Dies kann auch nicht anders sein, fehlt Ihnen und Ihren Regierungskollegen und –kolleginnen doch die Fähigkeit ein funktionierendes Sozialsystem aufrechtzuerhalten. So ist es der falsche Weg Langzeitarbeitslose in 1-2 Euro Sozialjobs stecken zu wollen. Sinnvoller wäre es, es überhaupt nicht erst zu Entlassungen kommen zu lassen, in dem die Unternehmer gezwungen werden überflüssige Beschäftigte für soziale Arbeit freizustellen (z.B. stunden- oder auch wochenweise), d.h. dafür auch weiter zu bezahlen. Das geht nicht? Schaffen Sie Hartz IV ab und probieren Sie es. Es käme auch der Bedeutung sozialer Tätigkeit zu Gute, wenn diese ebenso wie andere Tätigkeiten in der Gesellschaft lukrativ wäre. Artikel 14 Grundgesetz verpflichtet Eigentum sowie so dem Allgemeinwohl, d.h. es ist durchaus zumutbar, dass ein Teil der Gewinne direkt für soziale Leistungen verwendet werden. Wer hier der Verpflichtung des Grundgesetzes im Wege steht, sind Sie mit Ihrer mangelnden Kenntnis verfassungsrechtlicher Vorgaben und sozialpolitischer Notwendigkeiten.

Es scheint jedoch in Ihren Kreisen scheinbar immer weniger um Fakten und schon gar nicht um irgendwelche Sachdiskussion zu gehen. In diesem Punkt scheint die regierende Politik der Selbsttäuschung zu erliegen, dass Herrschaft über die Staatsgewalt identisch sei mit Herrschaft über die Sache selbst. Deshalb ärgere ich mich auch nicht über Ihren Ausfall. Die

täglichen Statements der herrschenden Politik zu Hartz IV werden immer lächerlicher, reduziert sich deren ganze inhaltliche Substanz auf ein Grundgesetzverständnis, was mit dem Grundgesetz selbst kaum noch was zu tun hat. Es erschöpft sich in der simplen Logik, wenn man alles macht, was die wirtschaftlich Mächtigen und der gut betuchte Verein der Shareholder verlangt, dann findet sich der Rest schon von selbst. In Wahrheit baut das, was angeblich Arbeitsplätze schaffen soll, gerade Arbeitsplätze ab, schafft immer ungleichere Einkommensverhältnisse und entwertet die menschliche Arbeitskraft bis zur absoluten Verarmung. Es fehlt bei Ihnen, an der - auch vom Bundesverfassungsgericht geforderten (BVerfGE, 5, 85) – staatlichen Förderung der Persönlichkeitsentfaltung, auch des arbeitenden Teils und des hilfsbedürftigen Teils der Gesellschaft. Sie erleichtern und fördern Entlassungen, anstatt diejenigen, die entlassen in ihre soziale Verantwortung zu nehmen. Dadurch erhöht sich die Notwendigkeit, die zwangsweise zur Eigentumsvermehrung unproduktiv gesetzte Arbeit und Kreativität zur Hilfe für andere Menschen zu nutzen. Wer mit Entlassungen, Wirtschaftsfucht in sog. „Billiglohnländer“ das Sozialsystem belastet, muss als Verursacher mit seinem Eigentum auch dafür aufkommen. Er nutzt seine Freiheiten nur, um andere unfrei und völlig abhängig zu machen.

Am 05. August unterbreitete im Namen der OECD Eckhard Wurzel seine Wirtschaftsprognosen. Was Herr Wurzel von sich gab, werteten Sie als Bestätigung Ihrer Politik (2). Was Herr Wurzel verlangt, ist ja ohne Frage Ihre Politik von noch mehr „Konsolidierung“, d.h. „stärkeren Einschnitten“ und „verschärften Zumutungen“. Wenigstens Herr Wurzel lobt jedoch Ihr Hartz IV. Nur geht es Herrn Wurzel ausschließlich um Steigerung der Wirtschaftskraft, der menschliche Preis ist ihm dabei völlig egal. Ein demokratisches Gemeinwesen reduziert sich allerdings nicht darauf, ob durch Umverteilung von Unten nach Oben vielleicht 2 Prozent Steigerung des Wirtschaftswachstums erreicht werden können. Das Grundgesetz fordert von der Politik besonders die Sicherung des sozialen Rechtsstaates. Unterlassen Sie dies, brauchen Sie sich auch nicht wundern, dass der soziale Konsens immer mehr zusammenbricht. Schließlich muss ja irgendein Teil der Bevölkerung in Deutschland den Grundsatz des Sozialstaates (Art. 20 GG) vertreten, wenn aufgrund ideologischer Scheuklappen, die regierende und Gesetze machende Politik dazu nicht in der Lage ist. Da hinter der von Ihnen und propagandistisch von Herrn Schröder vorgetragen „größten Reform des Sozialsystems seit dem Bestehen der Bundesrepublik“, praktisch ja nur dessen Zerschlagung steht, bekommen außerparlamentarische soziale Bewegungen notgedrungen den Charakter einer Verteidigung des Grundgesetzes. Die Ihnen so wenig akzeptablen Montagsdemonstrationen setzen nur das fort, was in der DDR begonnen wurde. Wie kommen Sie nur auf die Idee, dass Sie gegen Grundrechte von Arbeitslosen zu Felde ziehen können? Wie kommen Sie auf die Idee, dass Sie Millionen Menschen einfach in Armut stürzen können? Weil Sie Wolfgang Clement und nicht Honecker heißen?

Es gibt ja noch keine Wiedervereinigung – zumindest im entscheidenden wirtschaftlichen und sozialpolitischen Bereich. Vielmehr wurden den westdeutschen Banken alle in der DDR laufenden Kredite geschenkt, wobei sämtliche Schulden zu Lasten des Staatshaushalts gingen, weil die Banken nur einstecken und am Fall der Mauer verdienen wollten (3). Umgekehrt wurden Kredite, die eigentlich Staatsschulden waren, nach der Währungsunion zu Lasten der ehemaligen DDR-Betriebe verbucht. „Westdeutsche Banken wurden begünstigt, die ostdeutschen Betriebe hingegen abgezockt“, schrieb Christiane Oppermann in ihrem „Schwarzbuch Banken“ (3). Dadurch wurde verhindert, dass bis zum heutigen Tag Deutschland nach dem Fall der Mauer wirklich wieder vereint ist. Angesichts der rasant sich weiter verschlechternden Situation in den neuen Bundesländern unter Ihrer Regierungsbeteiligung, ist es völlig naheliegend, dass die Menschen dort durch weitere Montagsdemonstration auch diesen Teil der Wiedervereinigung selbst in die Hand nehmen. Sie sind tatsächlich das Volk, Sie, Herr Clement dagegen nur Minister, in einer für die Demokratie bedrohlichen Regierung.

Wollen Sie mit aller Macht vorwärts in die Vergangenheit?

Ihr System von Zwangsarbeit und Entrechtung durch Hartz IV lässt Schlimmes befürchten. Beauftragte doch schon einmal ein Gesetz am 04.09.1932 die damalige deutsche Reichsregierung „zur Erleichterung von Wirtschaft und Finanzen die sozialen Einrichtungen zu vereinfachen und zu verbilligen“ (§1). Dafür wurde um den Preis der Abschaffung sämtlicher Grundrechte Zwangsarbeit bis hin zu Arbeitslagern eingeführt. Sie werden verstehen, das sich Widerstand regt, wenn Sie die Idee von unterbezahlter Zwangsarbeit wieder neu beleben wollen. Immerhin ist die Argumentation jener Gruppe, welche Sie durch Auflösung des Sozialsystems bedienen wollen, wie die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände, heute wie damals nahezu identisch. Der Industrielle Kurt von Schröder machte auch kein Hehl daraus, dass die Zielsetzung der Wirtschaftsverbände auch die Unterstützung des Hitler-Faschismus einschloss (4). Es bediente sich ohne große Bedenken damals fast jedes größere deutsche Unternehmen der, durch Hitler zur Verfügung gestellten, kostenlosen Zwangsarbeit. Das wollen Sie nicht? Nur leider findet man in Ihrer Argumentation keine deutlichen Unterschiede. Die Umstellung auf Arbeitslosengeld II benutzen Sie dazu, die betroffenen Menschen in Existenzangst zu versetzen. Panikartig müssen sie Ihr hart Erspartes in Sicherheit bringen, damit dieses nicht weiterer staatlicher Umverteilung von Unten nach Oben zum Opfer fällt. Durch die gesetzliche Legalisierung von existenzieller Erpressung zu nicht zumutbarer und Grundrechte verletzender Beschäftigung, wollen sie wiedereinander die Wünsche der Wirtschaftsverbände nach möglichst rechtloser und kostengünstiger Arbeit befriedigen. Die wesentliche Zumutung sind Sie und sie übersteigt bei weitem das, was unserer Demokratie noch zumutbar ist. Der Versuch die Menschen gegen Quälereien durch die Ämter völlig rechtlos zu machen, zeugt von fehlendem Unrechtsbewusstsein. Wenn Sie als Demokrat gelten wollen, so müssen Sie sich eben auch so verhalten – falls Sie können. Aufgrund böser geschichtlicher Erfahrungen müssen wir allerdings aufmerksam sein, was sich da an der Macht tummelt. Das Geschrei der Wirtschaftsverbände lässt heute wie eh und je jegliches menschliche Mitgefühl vermissen.

Etwas kostenlose Verfassungslehre für Sie

Kennen Sie sich in Staats- und Verfassungsrecht etwas aus? Offensichtlich nicht. Deshalb hier eine Definition des Sozialstaatsprinzips nach Alfred Katz. Dieser anerkannte Staatsrechtler schreibt zum Sozialstaatsprinzip folgendes:

„Dem Staat kommt (...) die verantwortliche Aufgabe zu, die gesellschaftliche und ökonomische Wirklichkeit im Sinne einer sozialen Gerechtigkeit so zu gestalten bzw. zu korrigieren, dass unangemessene Wohlstandsdifferenzen ausgeglichen und verhindert, Abhängigkeitsverhältnisse abgebaut oder gemildert werden, Lebensrisiken minimiert, Unterprivilegierungen und Subnormalität abgebaut werden sowie eine gerechte Teilhabe aller an den Gütern der Gemeinschaft und ein menschenwürdiges Dasein für alle, im Besonderen für die schwächeren Schichten, gesichert ist“ (5)

In seiner Definition fasst Alfred Katz nur das zusammen, was auch das Bundesverfassungsgericht zum Sozialstaatsprinzip feststellte (BVerfGE 5, 85, 206). Allerdings ist das Bundesverfassungsgericht nur die letzte Instanz zur Sicherung des Inhalts von Artikel 20 Grundgesetz. Es macht keine Politik und für die Sicherung des Sozialstaats ist laut Grundgesetz die regierende Politik verantwortlich – notfalls natürlich auch die Demokraten, die außerhalb des Parlaments für eine Sicherung des Sozialstaates kämpfen (vgl. Montagsdemonstration), weil das Parlament mehrheitlich seine verfassungsrechtliche Verpflichtung ignoriert. Mit Herrn Hartz haben Sie die Interessen der Vorstände der deutschen Wirtschaft zur Leitlinie Ihrer Politik gemacht. Hartz IV zeigt nur besonders grausam wohin die Reise gehen soll. Aber nicht Herr Hartz sondern u.a. auch Sie sind dafür verantwortlich, dass das Allgemeinwohl permanent von einem Grüppchen sozialpolitischer Bankrotteure immer mehr belastet wird.

Eine Regierung, die zugunsten der Interessen von Vorständen aufgibt das Allgemeinwohl – also auch das Wohl der Arbeitslosen und Hilfsbedürftigen - zu vertreten, kann es auch nicht mehr einfordern. Vielmehr muss das Allgemeinwohl gegen solche Regierung verteidigt und wieder zur Geltung gebracht werden.

Der von Ihnen mitzuverantwortende drohende Staatsbankrott

Nach unterschiedlichen Berechnungen sollen Sie und Ihre Kollegen und Kolleginnen Milliarden an Steuergeldern den wirtschaftlich Mächtigen geschenkt haben (6) und mit Ihrer Geberlaune den Staat mit derzeit 1,35 Billionen Euro in die Hand des Schuldnerdienstes kapitalstarker Gläubiger gelegt haben. Als z.B. im Jahre 2000 die Deutsche Bank sich nach wirtschaftlichen Flops wieder auf das Kerngeschäft zurückziehen wollte, hatte Ihr Kollege Schröder nichts eiligeres zu tun, als die Steuer auf Veräußerungsgewinne zu streichen. So konnte die Deutsche Bank verkaufen ohne Steuern zahlen zu müssen. Der Vorstandsvorsitzende Josef Ackermann konnte sich freuen. Die Logik, ihn durch Steuergeschenke zu entlasten, sorgte für sein steigendes Vorstandsgehalt - laut „manager-magazin 7/2004“ auf mittlerweile stattliche 11 Millionen Euro. Ihre Politik der rigorosen Entlastung der Sharehold-Jongleure ist wesentlich dafür verantwortlich, dass immer weniger Steuergelder für die soziale Absicherung zur Verfügung stehen. Die Belastung des Allgemeinwohls durch solche Politik hat gigantische Formen angenommen. Ein Beweis ist dafür auch das Absenken des Regelsatzes im Zuge von Hartz IV selbst unter den bisher schon zu geringen und schon lange nicht mehr dem staatlichen Gebot des Artikels 1 Grundgesetz entsprechenden Sozialhilfesatz.

Es ist Aufgabe einer Regierungspolitik im Sinne des Grundgesetzes, unangemessene Wohlstandsdifferenzen auszugleichen und nach Möglichkeit gänzlich zu verhindern (vgl. oben Alfred Katz). Tatsächlich wurden von Ihrer herrschenden Gruppe durch völlige Aufhebung der Vermögenssteuer die Reichen total entlastet, wogegen der nicht vermögende Teil immer mehr belastet wurde. Im Zusammenhang mit Ihrer Argumentation von „Vermögensanrechnungen“ im Zuge von Hartz IV, folgt daraus, dass hier eigentlich gar kein Vermögen angegeben werden muss, da ganz offensichtlich - unabhängig von Gemeinwohlinteressen – es ein Grundzug Ihrer Politik ist, Vermögen gerade zu entlasten. Diese Entlastung trifft offensichtlich nur auf das wirkliche, große Vermögen zu, wogegen minimale Rücklagen und Anschaffungen per Gesetz einfach in „Vermögen“ verwandelt werden, obwohl sie - ökonomisch betrachtet, meist nur angesammeltes Arbeitseinkommen, also gerade kein Vermögen, sind. Es ist lächerlich großes Milliardenvermögen völlig unangetastet zu lassen und auf das Sparbuch von Kindern zu schießen. Erst bei einer Einführung einer Vermögenssteuer wäre überhaupt noch irgendwelcher Bezug auf das Gemeinwohl diskutierbar. Ansonsten geht es nur darum, wie man sich gegen Ihre kinder- und frauenfeindlichen Politik (die meisten Langzeitarbeitslosen sind weiblich) und der drohenden Existenzzerstörung der Schichten mit geringen finanziellen Einkommen wirksam schützen kann.

Während die finanziellen Belastungen des Teils der Bevölkerung, der arbeitet, in den letzten Jahren zunahm, wuchs das Vermögen des ausschließlich von Anlage und Kapitalvermehrung lebenden Teils beträchtlich und erreicht mit jedem neuen Jahr im Durchschnitt ein neues Rekordhoch. Nach dem jüngsten World Wealth Report (7) wuchs das Vermögen in Europa gegenüber 2002 um 3,7 Prozent, genauso stark wie in Nordamerika. Mit 8,7 Billionen Dollar ist Europa vermögender als Nordamerika mit 8,5 Billionen Dollar. Zu diesem Spitzenplatz auf der Welt, trug die deutsche Reformpolitik mit ihrer Umverteilung und Entlastung zugunsten der Reichen entscheidend bei. Statt Ausgleich von Wohlstandsdifferenzen wurden diese unaufhörlich verschärft. Der Hintergedanke ist wohl, dass vor allem Menschen mit viel Geld für die wirtschaftlichen Entwicklung – sei es als Aktionär oder als betuchter Käufer

– wichtig seien. Der Rest fällt heraus, wirtschaftlich – existenziell, wird der Faulheit bezichtigt und der Armut und Entwürdigung übereignet.

Es ist auch völlig unpassend bei den geplanten Anrechnungen im Rahmen von Hartz IV darauf zu verweisen, dass das Arbeitslosengeld II aus Steuermitteln finanziert wird. Was hier als Steuermittel deklariert wird, ist Geld, was Sie und Ihre Kollegen und Kolleginnen sich aus Beträgen zuvor angeeignet haben, die eigentlich als Versicherungsbeitrag zur Existenzsicherung im Falle von Arbeitslosigkeit gedacht waren. Halten Sie die Leute wirklich für so dumm, nicht zu bemerken, dass eine radikale Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld ohne Senkung der Versicherungsbeträge plumper Diebstahl ist? Wer heute als Betroffener sich gegen finanzielle Existenzgefährdung mit allen Mitteln wehrt, handelt nicht kriminell, sondern begeht nur Notwehr gegen kriminelle Handlungen. Außerdem wollen Sie Arbeitslosen nicht helfen („fördern“ wie es so schön heißt), sondern mit existenziellen Druck und Abbau des Rechtsschutzes für ihre ideologischen Konzepte gefügig machen. Da der arbeitende Teil der Bevölkerung einerseits zwangsweise sozialversichert ist und andererseits oft zu wenig verdient, um seine Lebensabsicherung zusätzlich in die eigene Hand zu nehmen, wird unter Ihrer Politik arbeiten zu einem großen Existenzrisiko. Jegliche Form der Anrechnung von Rücklagen für Alter, Krankheit, die Zukunft der Kinder usw. bei unverschuldeter Not, ist staatliche Enteignung und um keinen Deut besser als das, was in der DDR Ihr Naserümpfen hervorruft. Sie fördern durch Befürwortung von Entlassung „aus geschäftspolitischen Gründen“ die Arbeitslosigkeit, machen jedoch gleichzeitig die Opfer Ihrer Politik zum Opfer staatlicher Zwangsentziehung.

Der Mensch ist keine Manövriermasse der Wirtschaft

Ja, in welcher Welt leben Sie denn, Herr Clement? Macht verführt Sie offensichtlich dazu, den Blick für Realitäten völlig zu verlieren. Statt im Sinne demokratischer Grundrechte und zur Sicherung des sozialen Rechtsstaat energisch in wirtschaftliche Abläufe und Organisationsformen einzugreifen, folgen Sie den Konzepten der Ewig-Gestrigen, die zwar ständig auf Ihre Macht bestehen, in Zeiten von Krisen jedoch sofort nach Steuergeschenken und Umverteilung von Unten nach Oben rufen, nur um nicht selbst irgendetwas abgeben und für das eigene Tun die Verantwortung übernehmen zu müssen. Nein, sie können nicht ohne staatliche Subventionen auskommen – und sie werden von Ihnen und Ihren Kollegen und Kolleginnen deshalb kräftig subventioniert. Herr Pierer (Siemens) und Herr Schrempp (DaimlerChrysler) bekommen Ihre Subventionen um durch Produktionsverlagerungen in sog. „Billiglohnländer“ in Deutschland Arbeitsplätze vernichten zu können. Da wo im Ausland Risiken existieren, liegen die staatlichen Hermesbürgschaften schon im Handschuhfach der Vorstandslimousine. Was das Unternehmen zum Überleben den Beschäftigten zu wenig zahlt, zahlt der Staat. Da Sie jedoch die Unternehmen mit vollen Händen bedienen und damit den Staatshaushalt weiter belasten wollen, bleibt als Opfer nur der große „Rest“, die nicht vermögende Mehrheit der Bevölkerung übrig. So versuchen Sie mit immer mehr Gewalt gemeinsam mit den Wirtschafts- und Industrieverbänden die Menschen in die Zange zu nehmen. Was hier herausgepresst werden kann, braucht sicher irgendein Konzern zum Ausgleich mieser Geschäfte oder zur Wertsteigerung für die Aktienfaulenzler.

Mit der letzten Änderung des Bundeskindergeldgesetzes, versuchen Sie und Ihre Regierungskollegen und –kolleginnen reine Subvention des Niedriglohnsektors mit irgendwelchen Floskeln, wie „Bekämpfung der Kinderarmut“, zu versehen. Was soll diese Albernheit? Von Hartz IV betroffene Kinder sollen „natürlich“ nicht von diesem Zuschlag „gegen die Armut“ profitieren, sondern noch mehr verarmen. Dort, wo eigentlich durch Abbau von Niedriglöhnen die Unternehmer dran wären etwas gegen Kinderarmut zu tun, subventionieren Sie deren kinderfeindliche Löhne. Je mehr sich solcher Profitkapitalismus zum sozial- und demokratiefeindlichen Hemmnis entwickelt, umso dringender ist dessen Veränderung. Nicht das Sozial-

system, sondern die wirtschaftliche Organisation muss reformiert werden, wenn die vom Grundgesetz geforderte *„gerechte Teilhabe aller an den Gütern der Gemeinschaft und ein menschenwürdiges Dasein für alle“* (5), auch nur annähernd gewährleistet sein soll. Wir leben eben nicht in einer Welt, in welcher der Mensch nur disponibles Wirtschaftsstrandgut ist. Dient die Wirtschaft nicht dem Menschen, muss sie eben menschlicher gestaltet werden.

So forderte auch Frau Christine Hohmann-Dennhardt in einem aufschlussreichen Referat *„bei der gemeinsamen Gestaltung unserer Zukunft die Grundrechte zu stärken und in den Mittelpunkt der politischen Überlegungen zu rücken“* (8), und gab damit als Richterin des Ersten Senats beim Bundesverfassungsgericht, wenn auch gewissermaßen „inoffiziell“, den „Auftrag“ des höchsten Rechtsorgans an die Politik weiter. Frau Hohmann-Dennhardt weist darauf hin, dass es den Grundrechten Hohn spricht, *„Menschen zur Manövriermasse anderer werden“* zu lassen. Ich will hier nicht alles wiederholen, was Frau Hohmann-Dennhardt vortrug, ich nehme Ihre Aufforderung *„Grundrechtsschutz bedeutet deshalb auch, sich diesen gesellschaftlichen Tendenzen entgegenzustellen“* in sofern ernst, wie es offensichtlich demokratischen Widerstandes bedarf, um den von Ihnen wesentlich mitgetragenen Zumutungen an die Menschenwürde entgegenzutreten.

Sollen wir etwa den sozialen Rechtsstaat durch Sie zerstören lassen?

Ein Effekt Ihrer Politik ist die fortschreitende Zerstörung der verfassungsrechtlichen Grundlagen. So können Sie nicht auf irgendwelches Rechts- bzw. Unrechtsbewusstsein bauen, wenn Sie selbst Unrecht begehen. Sind Sie einerseits völlig unfähig eine angemessene Existenzsicherung z.B. mit gesetzlichen Mindestlöhnen zu schaffen, so wollen Sie auf der anderen Seite jedoch sogar existenzsichernde Arbeit, wenn Sie unangemeldet ist, kriminalisieren. Auch die gerichtlich im Mannesmannprozess festgestellte Verletzung des Aktienrechts wird natürlich keine Folgen haben, genauso wie die größten Steuerbetrüger mit ihren zig Milliarden Amnesty erhielten, wogegen falsche Angaben auf dem Antrag zum Arbeitslosengeld II, die nur dem Bestandsschutz gegen staatliche Verarmungspolitik dienen, in die Ecke von „Sozialmissbrauch“ oder gar „Betrug“ geschoben werden. Paul Saatkamp von Bundesausschuss der Arbeiterwohlfahrt stellte dazu allerdings sehr treffend fest: *„Man könne es den Langzeitarbeitslosen nicht verübeln, dass sie das Geld beiseite schaffen (...) Vom Motto `Fördern und Fordern` sei nur `Kürzen und Fordern` übrig geblieben“* (9). Solch Verständnis ist nur das Resultat einer regierenden Politik, die versucht mit neuen Straftatbeständen verfassungsfeindliche Politik durchzusetzen. Zwangsweise müssen auch die von Ihnen befürworteten „Sozialkontrolleure“ als das betrachtet werden, was sie sind: als willfährige Objekte für den Einsatz gegen die Grundrechte von Langzeitarbeitslosen. Durch die weitgehende Entrechtung mit dem Mittel der Abschaffung der aufschiebenden Wirkung von Widersprüchen der Betroffenen gegenüber den Agenturvertreter, sind Sie mitschuldig, dass sich in Zukunft auf den Ämtern die schlimmsten Charaktereigenschaften gegen die Betroffenen ausleben können. Erst kürzlich teilte mir eine ehemalige Mitarbeiterin beim Sozialamt mit, dass sie diese Tätigkeit nicht mehr ausüben kann, weil sie völlig ihrem Gefühl von zwischenmenschlichem Umgang widerspricht. Dank Ihrer Gesetzesvorlagen kann sich künftig Unmenschlichkeit in all ihren Tiefen gegen Hilfesuchende ausleben. Ja, das ist Ihre Welt, Herr Clement, von der Sie sich erhoffen, sie wie der Dompteur im Zirkus seine Tiger zu beherrschen. Wo leben Sie eigentlich?

Eine sehr entscheidende Veränderung in Deutschland vollzog Ihr Kollege Schröder mit seiner Faullenzer-Theorie. *„Niemanden aber wird künftig gestattet sein, sich zulasten der Gemeinschaft zurückzulehnen. Wer zumutbare Arbeit ablehnt – wir werden die Zumutbarkeitskriterien verändern – der wird mit Sanktionen rechnen müssen“* (9), mit dieser Volksverhetzung gegen die Opfer einer von der Regierung geförderten Entlassungsorgien auf bisher nicht gekanntem Niveau, versuchte Ihr Kollege Schröder jene Zumutbarkeiten durchzuset-

zen, die seine Spezies in den Vorstandsetagen, von ihm wollten und auch lautstark in der Öffentlichkeit propagierten. Ich habe Menschen kennen gelernt, die jahrzehnte lang alles für die Firma gaben – und dann von Heute auf Morgen sich auf dem Arbeitsamt wiederfanden. Manche arbeiteten die meiste Zeit ihres Lebens im Drei-Schichtbetrieb – und als sie gesundheitlich nicht mehr konnten, wurde ihnen gesagt: dort ist der Ausgang. Es stimmt, dass manche Leute auch aufgaben, vergammelten, zum Alkohol griffen oder in anderer Art und Weise den Kampf um den Profit der anderen aufgaben. Sie wieder zurückzuholen in ein lohnendes Leben ist sehr schwierig. Was Sie und Ihre Kollegen, wie Herr Schröder machen, zerstört jedoch sämtliche Hoffnungen auf eine Zukunft. Sie versuchen Menschen mit Problemen unter Druck zu setzen, weil Sie für eine Arbeit mit und für Menschen schlichtweg zu faul und zu satt sind. Herr Schröder war sich allerdings nicht zu fein dafür, seinen Jauchekübel des Faulenzertums pauschal über alle zu schütten, die Opfer Ihrer Ideologie oder Opfer Ihres früheren Glaubens an Ihre Ideologie sind. Was die Straftat der Ehrverletzung betrifft, sollte Ihr Kollege Schröder sich immer bewusst sein, dass er angefangen hat die demokratische Kultur der Auseinandersetzung mit seinen ehrverletzenden Pauschalunterstellungen zu vergiften.

Wer schadet dem Gemeinwohl?

Nochmals Frau Christine Hohmann-Dennhardt zu dieser Frage:

„Wen wundert eine solche dem Gemeinwohl schadende Entwicklung, wenn das Ziel heutiger Manager nicht mehr vorrangig ist, das ihnen anvertraute Unternehmen so zu führen, dass alle, die darin arbeiten, an einem Strang ziehen, damit es Rendite und seinen Arbeitnehmern Einkommen bringt, sondern ihr Erfolg und Gehalt daran gemessen wird, wie geschickt sie das Unternehmen auf den Börsenmärkten platzieren und auf die Shareholder verteilen, um es dann im richtigen Moment profitabel zu verkaufen, und stolz dabei sind, sich damit wieder tausender Arbeitnehmer entledigt zu haben. Der arbeitende Mensch spielt bei diesem Monopoly keine Rolle mehr. So gemeinte und angemessene Freiheit verträgt sich nicht nur nicht mit der vom Grundgesetz geforderten Sozialstaatlichkeit, sie tut auch so, als stünden die Grundrechte nur denen zu, die auf der ökonomischen Sonnenseite das Sagen haben“ (7).

Die Vermögenden leben auf Kosten der Allgemeinheit und müssen deshalb von ihrem Vermögen der Allgemeinheit etwas abgeben. 10 Prozent auf eine Millionen Euro Vermögen ist zumutbar. Ich weiß zwar nicht, wie es bei Ihnen, Herr Clement, konkret aussieht, wie das Magazin „Der Stern“ vor ein paar Wochen berichtete, schielt Herr Schröder auf einen lukrativen Platz in diesem Monopoly. Nicht zu übersehen ist allerdings: Sie beide machen heute schon nur noch Managerpolitik, ein Bezug zum Grundgesetz lässt sich kaum noch ausmachen. Es hat eine Weile gedauert, bis der demokratisch gesinnte Teil in Deutschland die Wahrheit erkannte, ich „befürchte“ nur, dass letztlich demokratisches Bewusstsein stärker sein wird, als Ihre Ideologie einer immer mehr zerstörenden Marktwirtschaft. Hartz IV muss ersatzlos gestrichen werden, da von diesem Gesetz ein große Gefahr für die Demokratie ausgeht.

Als 1948 die UN-Menschenrechtserklärung verabschiedet wurde, war den beteiligten Staaten klar, dass die konsequente Einhaltung der Menschenrechte unabdingbar ist, *„da es wesentlich ist, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen, damit der Mensch nicht zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung als letztes Mittel gezwungen wird“* (Präambel). Diese Feststellung, Herr Clement, scheint Ihnen offenbar unbekannt. Sicher, kann heute noch nicht davon gesprochen werden, dass Ihre Angriffe auf die verfassungsrechtliche Ordnung im Sinne von Artikel 20 (4) zu sehen seien. Denn schließlich funktionieren die Wahlen, funktioniert das Bundesverfassungsgericht und funktioniert auch immer mehr der demokratische Widerstand, z.B. in Form des zivilen Ungehorsams oder – wie bei DaimlerChrysler - auch durch Streiks. Ziviler Ungehorsam scheint allerdings überfällig. Denn mit existenzieller Erpressung eine Politik der systematischen, und - von Ihren Befürwortern

als problemlos erhofften - Verarmung durchzusetzen ist verfassungsfeindlich. Ob von Seiten der Legislative Hartz IV zurückgenommen wird, ist fraglich. Geschieht dies jedoch nicht, haben zumindest die Betroffenen ein Recht sich zu wehren, da dieses Gesetz sie existenziell und in ihren Grundrechten bedroht. Dies muss niemand hinnehmen und es liegt besonders an Ihnen, Herr Clement, ob sie den Menschen das Recht einräumen, sich unbeschadet und auf rechtstaatlichem Wege problemlos wehren zu können. Unterlassen Sie dies und treiben Ihrer Politik widerstrebende Arbeitslose ins kriminelle Schattenreich, tragen auch Sie die volle Verantwortung dafür.

Ja, wo leben wir denn, Herr Clement? Ich möchte furchtbar gerne meinen Arbeit, sowohl im Beruf als auch ehrenamtlich weiter machen, ohne dass ich nun gerade durch Sie dabei behindert werde. Gehen Sie zur Deutschen Bank oder zu irgendeinem anderen Konzern, wo Sie mit Ihrer Ideologie Geld verdienen. Aber verschonen Sie uns mit Ihrer Anwesenheit als Gesetz machender Politiker und die Menschen mit Ihren plumpen Stammtischparolen. Wir brauchen nicht die Katastrophe, in die Sie uns Seite an Seite mit den anderen Hartz-Gestalten führen.

Mit freundlichen Grüßen

(Armin Kammrad, Augsburg)

Quellen:

1. hier zitiert nach „Spiegel-Online“ 06.08.2004
2. vgl. „Spiegel-Online“ 05.08.2004
3. vgl. Christine Oppermann „Schwarzbuch Banken“, Kreuzlingen/München, 2002
4. vgl. Hallgarten, „Hitler, Reichswehr und Industrie
5. aus Alfred Katz, „Staatsrecht – Grundkurs im öffentlichen Recht“, Heidelberg, 2002
6. vgl. Lorenz Jaras und Gustav M. Obermair „Sinkende Steuerbelastung von Unternehmens- und Vermögenseinkommen (Wirtschaftsdienst 3/2004)
7. World Wealth Report, Studie im Auftrag der Investmentbank Merill Lynch
8. vgl. „Soziale Rechte sind keine Almosen“, Frankfurter Rundschau 12.07.2004
9. vgl. „Spiegel-Online“ 30.07.2004
10. vgl. Gerhard Schröder, Regierungserklärung vom 14.03.2003